Antrag Nr. 12-O-01-0010

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff:

Festhalten am einstimmigen OBR-Beschluss „Rückverlegung der provisorischen Bushaltestelle Bahnhofstraße an die ursprüngliche Lage in die Friedrichstraße“

Antragstext:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Magistrat wird gebeten nun das Vorhaben baldmöglichst umzusetzen.

Weitere **Begründung** siehe Presserklärung der OBR Mitte von B90/DieGrünen:

Presserklärung zur Situation Bushaltestelle Friedrichstraße/Bahnhofstraße
Die Ortsbeiratsfraktion der Grünen ist verärgert über neue Initiativen der CDU/SPD die ESWE-Bushaltestelle am Dern'schen Gelände betreffend.

Vor einem Jahr hatte der Ortsbeirat auf Initiative der „Grünen“ einstimmig beschlossen, die für die Einrichtung der Baustelle am ehemaligen Polizeipräsidium an die Bahnhofstraße verlegte Bushaltestelle aus Richtung Rheinstraße nach Ende der Bauarbeiten wieder an den ursprünglichen Ort rückzuverlegen.

1. Der zusätzliche Halt war erst vor einigen Jahren eingerichtet worden, um ein Umsteigen zwischen Fahrgästen aus der Bahnhofstraße und aus der Friedrichstraße zu ermöglichen. An der jetzigen Stelle ist ein Umstieg praktisch nicht mehr möglich, da sowohl die Wege zwischen den Haltestellen zu weit sind, als auch die Überquerung der Friedrichstraße dem entgegensteht.
2. Der neue Fahrradweg in der Bahnhofstraße musste aufgehoben werden, was für Fahrradfahrer eine große Gefährdung darstellt, wenn sie unerwartet wieder die allgemeine Fahrbahn verwenden müssen.

Das Stadtentwicklungsdezernat hatte im April in einer Mitteilung an den Ortsbeirat die Rückverlegung „nach Fertigstellung der Hochbaumaßnahmen“ zugesagt.

Umso mehr überrascht nun ein Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Stadtparlament, die Haltestelle nun doch nicht zurückzuverlegen, was eine Busbeschleunigung darstellen würde. Außerdem könne so ein Wartehäuschen an der Bahnhofstraße installiert werden (was angesichts des denkmalgeschützten Justizministeriums mehr als fraglich erscheint).

Die Grünen fordern im Interesse der Busbenutzer und Fahrradfahrer, die ursprüngliche Haltestellen- und Fahrradwegeverbindung unverzüglich wiederherzustellen.

Wiesbaden, 24.01.2012